

Mehrwertsteuer rauf oder runter?

Einheitssatz Philipp Müller will mit tieferem Satz den gordischen Knoten durchschlagen

Wird die Mehrwertsteuer (MwSt) für die IV erhöht oder zugunsten der Konjunktur gesenkt? Bringt dies neue Chancen für den MwSt-Einheitssatz? Philipp Müller will ihn retten, indem er einen Einheitssatz von 5,5 statt 6 Prozent vorschlägt.

MATHIAS KÜNG

Derzeit laufen verwirrlicherweise teilweise inhaltlich gegenläufige MwSt-Diskussionen (vgl. Kästchen). Die Positionen führender Wirtschaftspolitiker der grossen Bundesratsparteien gehen dabei weit auseinander.

Nationalrat Philipp Müller (FDP/AG), Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), ist ein grosser Anhänger des MwSt-Einheitssatzes. Aufgrund der bisherigen Diskussion weiss er aber, dass ein Einheitssatz von 6 Prozent politisch kaum durchsetzbar ist. Er macht deshalb einen neuen Vorschlag, um den gordischen Knoten zu durchschlagen. Er will beantragen, den Einheitssatz neu auf 5,5 Prozent zu veranschlagen. Das würde nach seiner Berechnung alle Haushalte ent- und keine mehr belasten, weshalb es auch kein Sozialkorrektiv mehr brauchte.

Auf diese Weise würden künftig jährlich 1,5 Milliarden Franken (so viel macht ein halbes MwSt-Prozent aus) bei den Konsumentinnen und Konsumenten bleiben, was die Kaufkraft über die Krise hinaus nachhaltig stärken könnte, so Müllers Kalkül. Für die Bundeskasse wäre dies verkraftbar, ist er überzeugt.

Und sollte der Bundesrat mit Blick auf die Krise tatsächlich ernsthaft über eine Senkung der MwSt nachdenken, dann, so Müllers Überlegung, könnte man doch zwei Ziele auf einmal erreichen. Wenn der politische Wille da ist, ist Müller überzeugt, dass Teil A der MwSt-Reform (vgl. Kästchen) mit vielen rechtlichen Verbesserungen zugunsten der Steuerpflichtigen schon per 2010 und Teil B (vgl. Kästchen) mit dem Einheitssatz schon per 2011 eingeführt werden könnte.



HAT EINFLUSS AUF DIE PREISE Eine tiefere Mehrwertsteuer könnte den Konsum stärken. ANDY MÜLLER/EQ IMAGES

Wandfluh: MwSt langfristig senken

Der Berner SVP-Nationalrat und Vizepräsident der WAK, Hansruedi Wandfluh, vermag einer bloss vorübergehenden, krisenbedingten Senkung der MwSt nicht viel abzugewinnen. Er gibt zu bedenken, dass eine solche Änderung gerade für KMU mit grossem administrativem Aufwand verbunden wäre, der bei Rückgängigmachung der Steuersenkung erneut anfiel. Er will eine langfristige Lösung und setzt sich wie seine Partei seit langem für eine generelle Senkung des MwSt-Satzes um 1 Prozent ein. Sobald Teil B der MwSt-Reform in die WAK kommt, wird er beantragen, statt des vom Bundesrat anvisierten Einheitssatzes von 6 Prozent gar einen von 5 Prozent anzustreben. Sollte das gelingen, kann er sich vorstellen, dass die SVP ihre bisher ablehnende Haltung zum Einheitssatz überdenken würde.

Zemp: Für MwSt-Sofortmassnahme

WAK-Mitglied Markus Zemp (CVP/AG) trägt die von seiner Partei schon

im Dezember lancierte Idee einer befristeten MwSt-Senkung voll mit: «Es ist wichtig, dass die Leute in der beginnenden Krise genug Geld im Portemonnaie haben. Mit einer solchen kurzfristigen Sofortmassnahme können wir den Konsum aufrechterhalten.»

Sympathie abgewinnen kann Zemp auch der bundesrätlichen Überlegung, nach einem allfälligen Ja zur MwSt-Erhöpfung zugunsten der Invalidenversicherung (IV) am 17. Mai 2009 die MwSt-Erhöpfung nicht sofort umzusetzen, sondern die bewilligten Zusatzmittel bis zum Ende der Krise der Bundeskasse zu entnehmen. Eine gute Idee findet er auch den vom Bundesrat angestrebten Einheitssteuersatz. Er sieht hier aber ungelöste Probleme, etwa bei den mit dem Einheitssteuersatz teurer werdenden Lebensmitteln und bei der Bildung. Der Idee, bei dieser Gelegenheit den Steuersatz generell zu senken, steht er skeptisch gegenüber: «Wir dürfen den Staat nicht aushöhlen.»

Fehr gegen generelle MwSt-Senkung

Auch der frühere SP-Präsident Hans-Jürg Fehr (SH), ebenfalls WAK-Mitglied, hat Sympathie für die Überlegung, nach einem allfälligen Ja zur MwSt-Erhöpfung zugunsten der IV die Kosten während der Krise aus der Bundeskasse zu übernehmen und die Steuer erst später zu erhöhen. Fehr erinnert daran, dass es schon immer Überlegungen gegeben habe, «die Bundeskasse mehr in die Verantwortung zu ziehen». Vom MwSt-Einheitssatz hält Fehr nichts: «Der wird am Sankt-Nimmerleins-Tag behandelt.» Auch eine generelle Senkung der MwSt lehnt er ab. Fehr: «Die SVP will einfach den Staat ausplündern.» Seine Partei habe im übrigen Ideen, «die viel konjunkturwirksamer sind» als eine krisenbedingte vorübergehende MwSt-Senkung: Zum Beispiel eine befristete Erhöhung der AHV oder Entlastung bei den Krankenkassenprämien für Kinder. Fehr: «Das begünstigt diejenigen, die das Geld wirklich brauchen und es auch sofort wieder ausgeben.»